

Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 506

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: BAK Europa und Internationales, LV Bayern, LV Hamburg, LV NRW, LV Niedersachsen, Marten Pukrop, Luca Lichtenthäler

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

1 **Bundeswehr – Wir. Verteidigen. Freiheit.**

2 Die Jungen Liberalen bekennen sich zu der Notwendigkeit Deutschlands über einsatzbereite
3 Streitkräfte zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie für Auslandseinsätze im Rahmen von
4 inter- und supranationalen Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit, zu verfügen, um die
5 Freiheit und Sicherheit Deutschlands und des nordatlantischen Gebiets zu bewahren und ihrem
6 Auftrag "dem Frieden in der Welt zu dienen" gerecht zu werden.

7 Wir bekennen uns zur Bundeswehr im Sinne einer modernen Freiwilligenarmee, deren
8 verteidigungspolitisches Ziel in der Ausführung von Auslandseinsätzen der EU, NATO und UN,
9 sowie der anteiligen Sicherung der NATO-Bündnispartner liegt. Die Bundeswehr muss wieder
10 mehr in ein gesellschaftlich positives Bild rücken. Wir fordern die Bundeskanzlerin auf, dass sie
11 öfter die Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen besucht. Das Ziel muss es sein, dass
12 die Bundeswehr vernünftig und reibungslos ihre Arbeit erledigen kann

13 Von Einsatzbereitschaft kann zurzeit jedoch keine Rede sein. Es mangelt an allen Ecken und
14 Enden. Es herrschen Personalmangel, Materialmangel oder untaugliches Material und
15 Budgetmangel vor. Dazu kommen offensichtlich ineffiziente Strukturen, die diese Probleme noch
16 verschärfen, aber auch eine mangelnde Anerkennung innerhalb der deutschen Gesellschaft, die
17 dazu führen, dass diese Probleme nicht entschieden genug angegangen werden. Damit wollen
18 wir Schluss machen und der Bundeswehr ein Update verpassen!

19 **Endgültige Abschaffung der Wehrpflicht**

20 Wir Jungen Liberalen lehnen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht entschieden ab und fordern
21 darüber hinaus ihre endgültige Abschaffung durch eine Änderung des Grundgesetzes. Die
22 Streitkräfte unserer Bündnispartner zeigen uns beispielhaft, dass die Wehrpflicht nicht das Mittel
23 der Wahl zur Modernisierung und effizienten Gestaltung einer Armee ist.

24 **Werte, Normen und Führungsphilosophie – Die Wiege der "inneren Führung"**

25 Soldat ist kein Beruf wie jeder andere und auch wenn wir im Rahmen einer sich immer weiter
26 pazifizierenden Gesellschaft ungerne mit martialisch erscheinenden Dingen wie dem
27 Soldatentum konfrontiert werden wollen, so ist dieser Faktor nicht von der Hand zu weisen. Um
28 den Soldatinnen und Soldaten eine positive Bezugnahme auf die eigene Berufung, zur
29 Identitätsfindung und Motivation zu ermöglichen, muss eine Bundeswehrtradition, mit eigenen
30 Vorbildern und einer eigenen Erzählung verankert werden. Fest verankert auf dem Boden und
31 den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Geschichte der Bundesrepublik
32 und ihren Werten.

33 Kameradschaft, Fürsorge und Gewissenhaftigkeit gab und gibt es zu jeder Zeit. So bekennen wir
34 uns auch klar zu den drei Traditionslinien der Bundeswehr: Die preußischen Reformer, der
35 militärische Widerstand von 1944 und die bundeswehreigene Geschichte. Der Zeitraum seit 1955

36 wird jedoch zu selten exemplarisch herangezogen. Auch muss hierbei die Rolle der
37 Mannschaftssoldaten und Unteroffiziere wesentlich stärker in den Vordergrund gestellt werden.

38 Die Arbeit der Reservistenverbände, als Bindeglied zwischen Militär und Zivilbevölkerung, muss
39 ausgebaut werden. Dazu eignen sich beispielsweise öffentliche "Schnuppertage" in lokalen
40 Reservistenverbänden und eine höhere Präsenz der Reservistenverbände auf öffentlichen
41 Veranstaltungen wie Volksfesten oder Regionsmessen.

42 Die Bundeswehr muss zur Unterstützung der militärischen Ausbilderinnen und Ausbilder
43 ehemalige Leistungssportler in die Sportausbildung der Soldatinnen und Soldaten einbeziehen.
44 So kann sie Spitzensportlern in den Sportfördergruppen der Bundeswehr nach ihrer Karriere ein
45 entsprechendes Angebot für eine zivile Weiterbeschäftigung machen. Dies entlastet auch die
46 straffen Ausbilderdienstpläne und trägt zu einer weiteren Professionalisierung bei der
47 Aufrechterhaltung und Steigerung der physischen Leistungsfähigkeit aller Soldatinnen und
48 Soldaten bei.

49 Auch die Militärseelsorge stellt einen essenziellen Rückhalt für die Soldatinnen und Soldaten dar,
50 insbesondere in Auslandseinsätzen. Die Beschränkung auf evangelische und katholische
51 Militärpfarrer wird der Lebensrealität einer immer diverseren Bundeswehr jedoch nicht gerecht.
52 Die Bestrebungen, auch Militärime und Militärrabbiner zu gewinnen, müssen weiter forciert
53 werden, auch der Zugang für Freikirchen und Orthodoxe muss besser ermöglicht werden.
54 Hierbei muss jedoch streng darauf geachtet werden, dass entsprechende Geistliche
55 FDGO-konform agieren. Eine Auswahl durch bundeswehreigene Institutionen ist daher
56 unabdingbar. Auch Nebenverwendungen als Militärpfarrer müssen möglich sein, wenn die
57 Glaubensgemeinschaften an den Standorten keine ganztägliche Betreuung erfordern. Sinnvoll
58 erscheint etwa eine Kooperation mit Gefängnisimamen, da diese bereits in den Öffentlichen
59 Dienst integriert sind und durch die Justizministerien der Länder überprüft wurden und werden.

60 Eine Bewaffnung der Militärseelsorger mit Schusswaffen zur Selbstverteidigung, wie sie bei
61 Militärgeistlichen anderer Staaten üblich ist, muss ermöglicht werden. Das offizielle Verbot, an
62 Schießausbildungen teilzunehmen oder gar die Soldaten bewaffnet zu begleiten, gefährdet das
63 eigene Leben und das Leben der begleiteten und begleitenden Soldaten. Daher müssen die
64 Geistlichen freiwillig an entsprechenden Ausbildungen im Inland und Ausland teilnehmen dürfen
65 und sich auf eigenen Wunsch zur Selbstverteidigung bewaffnen dürfen, ebenso wie es für
66 Sanitätskräfte völkerrechtlich erlaubt ist.

67 Der Zugang zu Informationsveranstaltungen an öffentlichen Schulen und Universitäten muss für
68 die Bundeswehr in Kooperation mit den zuständigen Behörden möglich sein.

69 **Beschaffungspolitik – Damit unsere Flugzeuge wieder fliegen.**

70 Die Beschaffungspolitik der Bundeswehr muss in vielen Bereichen verschlankt werden, damit
71 eine zeitnahe Verfügbarkeit des Materials gewährleistet ist. Da die Beschaffung an den Haushalt
72 gekoppelt ist, soll jeweils frühzeitig ein Haushaltsplan für die Bundeswehr aufgestellt werden,
73 damit dieser nach Verabschiedung des Gesamthaushalts zügig umgesetzt werden kann. Hierzu
74 ist es nötig, frühestmöglich den Bedarf zu ermitteln. Dies kann nur gelingen, wenn der aktive
75 Dialog mit der Truppe gesucht wird.

76 Auch bei Entwicklung neuen Materials muss eine dauerhafte und lebhaft Einbindung der aktiv
77 dienenden Soldaten erfolgen. Eine parallel zu den zuständigen Wehrtechnischen Dienststellen
78 (WTDs) durchgeführte Erprobung von neuem Gerät in ausgewählten Bataillonen wäre hier ein
79 entsprechender Weg, statt die Erprobung ausschließlich in den WTDs durchzuführen und erst
80 dann das eingeführte Gerät den Soldatinnen und Soldaten für die "Truppenerprobung" zu
81 übergeben. Auch eine intensive Begleitung durch die Hersteller muss in der Erprobung erfolgen,
82 damit nicht bereits eingeführte Systeme aufgrund von "Kinderkrankheiten" über Jahre ständig
83 ausgebessert werden müssen.

84 Bei der Beschaffung neuer (Waffen-)Systeme ist darauf zu achten, dass diese in die aktuellen
85 Systeme integrierbar sind. So muss bspw. die in Fahrzeugen verbaute IT modular und entfern-
86 bzw. austauschbar sein. Marktverfügbare Standardprodukte sind Spezialanfertigungen
87 vorzuziehen, sofern sie den jeweiligen militärischen Erfordernissen genügen, etwa
88 Temperaturbeständigkeit oder ABC-Härtung. Verträge mit der Industrie müssen eine fachliche
89 Ausbildung des Personals durch das Unternehmen sicherstellen, sodass eine Wartung auch von
90 den Soldatinnen und Soldaten durchgeführt werden kann. Weiterhin muss Ersatzteilbedarf auf
91 lange Sicht vertraglich garantiert sein und auch kurzfristig zur Verfügung stehen. Gegebenenfalls
92 soll das Recht an Lizenzen erworben werden, so dass Komponenten auch mittels eigener
93 Verfahren, etwa additiver Fertigung, nachträglich bspw. im Einsatzland hergestellt werden
94 können.

95 Bei Neuanschaffung und Neuausschreibungen ist darauf zu achten, dass der Verkaufende bei
96 Verzögerungen oder mangelhafter Lieferung haftet und nicht der Steuerzahler. Zeitnah
97 verfügbare und bereits entwickelte Lösungen sind Eigenentwicklungen vorzuziehen.

98 Damit wenigstens die Soldatinnen und Soldaten, die in Auslandseinsätze entsendet werden,
99 genügend ausgestattet werden, fordern wir die Einrichtung von "Sofortbudgets". Diese sollen ein
100 unbürokratisches Mittel zur "Stopfung" der größten Versorgungslecks sein.

101 Auch bei der Verteilung des vorhandenen Materials, im Schwerpunkt der persönliche
102 Ausrüstungsgegenstände und Verbrauchsgüter, die in Depots bis zu ihrer Ausgabe eingelagert
103 sind, können Entscheidungsebenen eingespart werden, indem die Ausgabestationen
104 untereinander vernetzt werden um Engpassartikel einfacher von anderen Standorten beziehen
105 zu können. So kann Zeit und Geld gespart werden – was zuvorderst den Soldatinnen und
106 Soldaten zu Gute kommt.

107 Im Hinblick auf eine immer stärker werdende Zusammenarbeit mit anderen Nationen muss eine
108 Verbindungsmöglichkeit an die Systeme der internationalen Bündnispartner sichergestellt sein.
109 Hierzu müssen auch weitere Standardisierungen erfolgen, insbesondere im Bereich des
110 Fernmeldewesens.

111 Um die betroffenen Prozesse zu verbessern, sollen Fachkräfte aus der Wirtschaft gezielt
112 angeworben werden, um Kompetenzen bei Verhandlung sowie Umsetzung von Anschaffungen
113 und Wartungsverträgen zu verbessern. Zusätzlich soll bei Verhandlung und Abschluss von
114 Verträgen juristische Beratung hinzugezogen werden.

115 **Digitalisierung – Dem Papierkrieg der Streitkräfte den Kampf ansagen.**

116 Wir Jungen Liberalen fordern, dass der Digitalisierungsprozess in den Streitkräften stärker
117 vorangetrieben wird. Es müssen zeitnah Lösungen an vielen Stellen innerhalb der Strukturen der
118 Bundeswehr gefunden werden, damit diese für die Zukunft besser aufgestellt ist. Nur so können
119 Prozesse in der Personalbearbeitung, Materialbeschaffung, -verteilung und -instandhaltung oder
120 Informationsbearbeitung optimiert werden.

121 Die Personalführung muss auf digitale Medien umgestellt werden, die die Verarbeitung und
122 Bearbeitung von Daten effizient, schnell und deutschlandweit ermöglichen. Die Nutzung eines
123 einheitlichen Softwaretools soll ausgeweitet werden. Eine Umstellung auf eine digitale
124 Personalakte mit lediglich einer Sicherheitskopie in Papierform ist zu prüfen. Sinnvoll ist ebenfalls
125 die Einrichtung eines Antragstools für die Soldatinnen und Soldaten, um diese Prozesse zu
126 vereinfachen, ähnlich des Kontinuierlichen Verbesserungsprogramms (KVP). Bereits bestehende
127 Pilotprojekte, etwa an den Bundeswehruniversitäten, sind hierbei wichtige Ideengeber.

128 Ebenso ist ein einheitliches Zeiterfassungstool für alle Soldatinnen und Soldaten einzuführen,
129 über das auch Überstundenaufbau und -abbau, sowie die Vergütung von Sonderdiensten oder
130 "Dienst zu ungünstigen Zeiten" geregelt werden kann. Die Möglichkeit, auf mehrfach
131 auszufüllende Papierformulare zu verzichten, muss hier im Hinblick auf Zeiteffizienz und

132 Ökologie ausgeschöpft werden.

133 **Budget – Es gibt keine kostenlose Sicherheit.**

134 Hauptziel der Budgetierung muss sein, der Bundeswehr die Erfüllung ihrer Aufgaben in vollem
135 Maße zu ermöglichen.

136 **Alternative 1:** Für die dringende Wartung und Neubeschaffung von Material ist eine Erhöhung
137 des Verteidigungsetats erforderlich. Die Jungen Liberalen bekennen zur Vereinbarung der
138 NATO-Bündnispartner, welche einen Verteidigungshaushalt in Orientierung an 2% des
139 Bruttoinlandsprodukts vorsieht. In diesem Rahmen soll der Verteidigungsetat schrittweise erhöht
140 werden, die Erhöhungen jedoch in Bezug auf Höhe und Notwendigkeit fachgerecht beurteilt
141 werden. Grundsätzlich sehen wir Junge Liberale, dass eine Erhöhung des Verteidigungsetats zur
142 Gewährleistung der Sicherheit der Soldaten im Einsatz und deren Professionalisierung nötig ist.
143 Perspektivisch soll geprüft werden, ob eine langfristige Erhöhung des Verteidigungshaushaltes
144 auf 2,5% des Bruttoinlandsproduktes sinnvoll ist.

145 **Alternative 2:** Wir wollen weg von der Diskussion über starre vom BIP abhängige prozentuale
146 Quoten für die Größe des Verteidigungshaushalts. Die Höhe des Verteidigungsbudgets ist kein
147 hinreichender Indikator für die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung. Entscheidend ist,
148 welche der notwendigen Fähigkeiten in welchem Umfang tatsächlich bereitstehen. Deshalb hat
149 sich Deutschland gegenüber der NATO verpflichtet, bis 2031 bestimmte Fähigkeiten zu Land, zur
150 See, in der Luft und im Cyberraum bereitzustellen. Dem fühlen wir uns verpflichtet und diese
151 Verpflichtungen wollen wir erfüllen, unabhängig davon wie hoch die Kosten sind.

152 Es ist zu evaluieren, ob die bisher eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen der
153 NATO-Mitgliedstaaten überhaupt ausreichend sind, um die effektive Verteidigung des
154 NATO-Bündnisgebiets zu garantieren. Ist dies nicht gegeben muss Deutschland zunächst
155 einseitig zusätzliche Kapazitäten schaffen, aber auch zeitgleich darauf hinwirken, das andere
156 NATO- und EU-Partner diese schaffen.

157 Fähigkeiten und Einheiten dürfen nicht nur auf dem Papier existieren, sondern müssen
158 tatsächlich, vollständig und kurzfristig einsatzbereit sein. Dazu bedarf es einer
159 Materialvollausrüstung und umfassenden Reserven an Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien.
160 Dies ist bei der Höhe des Verteidigungsbudgets stets zu beachten.

161 Verteidigungsbereitschaft setzt jedoch mehr als eine einsatzbereite und gut trainierte Truppe mit
162 topmoderner Ausrüstung voraus. Truppen müssen auch zügig verlegt werden können. Hierzu
163 bedarf einer funktionierenden und gut ausgebauten Infrastruktur. Gerade strategische
164 Haupttrouten, über die im Krisen- bzw. Verteidigungsfall Streitkräfte verlegt werden, müssen
165 instandgehalten und ggf. modernisiert werden, um an die Voraussetzungen für die Verlegung
166 von Truppen angepasst zu werden. Dazu muss das Bundesministerium der Verteidigung
167 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einen
168 entsprechenden Verkehrswegeplan erstellen, der bis spätestens 2026 umgesetzt sein muss.

169 Wer Leib und Leben für die Freiheit und Sicherheit Europas und der Bundesrepublik riskiert, der
170 muss auch angemessen bezahlt werden. Soldatinnen und Soldaten anhand derselben
171 Besoldungsstufen wie andere Bundesbeamte zu bezahlen ist daher nicht immer angemessen.
172 Deshalb wollen wir ein eigenes Soldatenbesoldungsgesetz schaffen, um die Löhne der
173 Soldatinnen und Soldaten separat anheben zu können. So machen wir darüber hinaus die
174 Bundeswehr zu einem attraktiveren Arbeitgeber. Auch zur Unterstützung unserer Streitkräfte
175 fordern wir den Wegfall der Zweitwohnsitzsteuer.

176 **Bundeswehr-Veteranen – Helden wider Willen?**

177 Die Jungen Liberalen fordern ein Ende der Vernachlässigung der Bundeswehrveteranen und des
178 respektlosen Umgangs mit ihnen.

179 Als Veteranen verstehen die Jungen Liberalen alle Soldatinnen und Soldaten, die als Angehörige
180 der Bundeswehr an mindestens einem Einsatz oder einer besonderen Verwendung im Rahmen
181 von humanitären, friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen teilgenommen
182 haben, auch über das Ausscheiden aus dem aktiven Dienst hinaus und unabhängig von ihrer
183 jeweiligen Funktion innerhalb der Streitkräfte und ihrer konkreten Aufgabe im Einsatz.

184 Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages soll dazu um einen leitenden Mitarbeiter für
185 Veteranenangelegenheiten ergänzt werden. Während sich der Wehrbeauftragte insbesondere mit den
186 Belangen der aktiven Truppe auseinandersetzt, kann sich dieser verstärkt auf jene schauen, die
187 aufgrund ihres Ausscheidens aus der Truppe keinen direkten Ansprechpartner in der
188 Bundeswehr mehr haben.

189 Wir wollen ein Veteraneninstitut nach niederländischem Vorbild errichten. Dort finden Veteranen
190 nicht nur unbürokratische Hilfe bei der Beantragung ihnen zustehender Mittel zur
191 Gesundheitsversorgung, sondern auch psychologische Hilfe. Außerdem wird
192 Forschungseinrichtungen der Kontakt zu Betroffenen erleichtert, die unter stressbedingten
193 Krankheiten oder physischen Einschränkungen leiden. Auch eine statistische Aufarbeitung und
194 das Erkennen von Trends wird so möglich. Die Arbeit privater Veteranennetzwerke muss darüber
195 hinaus staatlich unterstützt und weiter professionalisiert werden.

196 Auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst besteht die Fürsorgepflicht der
197 Bundeswehr für ehemalige Soldatinnen und Soldaten weiter. Um hier eine bessere Versorgung
198 für Veteranen sicherstellen zu können, muss ein Veteranenausweis eingeführt werden, der wie
199 der Truppenausweis oder Reservistenausweis schnellen Zugang zu truppenärztlicher Hilfe
200 ermöglicht, soweit diese im Zusammenhang mit dem geleisteten Wehrdienst erforderlich ist.

201 Als besonderen Ausdruck der Anerkennung für versehrte Veteranen setzt sich das
202 Bundesverteidigungsministerium für eine mediale Begleitung der Athletinnen und Athleten der
203 Invictus Games, der sportlichen Weltmeisterschaft für versehrte Soldatinnen und Soldaten, ein
204 und bewirbt sich um dessen Austragung. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

205 Damit verbunden halten wir den 12. November als Gründungstag der Bundeswehr für gut
206 geeignet, unsere Veteranen alljährlich öffentlichkeitswirksam zu ehren.

207 Darüber hinaus möchten wir den Trägerinnen und Trägern des Ehrenkreuzes der Bundeswehr
208 für Tapferkeit, der höchsten militärischen Auszeichnung Deutschlands, ein angemessenes
209 Forum bieten. Dazu fordern wir die Installation einer Ehrentafel im Reichstagsgebäude mit allen
210 Ehrenzeichenträgern und deren Verdiensten, sofern sie der Veröffentlichung zustimmen.

211 Von den seit 1992 in die Auslandseinsätze entsandten Bundeswehrangehörigen starben 110 –
212 37 Soldaten fielen durch Fremdeinwirkung, 73 kamen durch sonstige Umstände ums Leben. Die
213 Jungen Liberalen möchten zum einen ihre Anerkennung für die wichtigen Leistungen deutlich
214 machen; zum anderen wollen wir das öffentliche Bewusstsein für die Gefährlichkeit jeder
215 einzelnen Mission wecken. Dazu fordern wir, die Toten der Einsätze in das Gedenken am
216 Volkstrauertag aufzunehmen.

217 **Einsatz im Innern – Die Bundeswehr ist keine Hilfspolizei.**

218 **Alternative 1:** Die Bundeswehr darf außerhalb des Spannungs- bzw. Verteidigungsfalles
219 ausschließlich bei katastrophalen Ereignissen und dann nur zur Amtshilfe, im Sinne technischer
220 Hilfe ohne Ausübung hoheitlicher Aufgaben, im Inland eingesetzt werden oder falls Gefahr für
221 den Bestand des Bundes, eines Bundeslandes oder die FDGO besteht. Dies ist eine zu Recht
222 sehr hoch gesetzte Hürde. Ihre Aufgaben sind die Landes- und Bündnisverteidigung und
223 Mandatseinsätze in internationalen Bündnissen. So ist es im Grundgesetz verankert und dies
224 wollen wir auch so beibehalten.

225 **Alternative 2:** In engen, rechtlich präzise zu definierenden Grenzen sollte zur Unterstützung der

226 genuin zuständigen Sicherheitsbehörden unter deren Federführung die Möglichkeit bestehen, die
227 Bundeswehr im Inneren einzusetzen. Für diese Art von Einsatz werden die Soldaten unter
228 Leitung der Polizei geschult.

229 Für einen reibungslosen Ablauf im Katastrophenfall muss das Zusammenspiel zwischen
230 Streitkräften und zivilen Behörden regelmäßig und intensiv geübt werden. Daher fordern die
231 Jungen Liberalen, die bereits durchgeführten gemeinsamen Übungen häufiger und besser
232 geplant durchzuführen, damit für potenzielle Einsätze bereits ein gutes und effektives Vorgehen
233 trainiert und allen Seiten bekannt ist. Nur so kann Amtshilfe und Unterstützung bei
234 Naturkatastrophen schnell und zielgerichtet geleistet werden. Dabei sind sowohl
235 Kommunikationswege zwischen Kommandobehörden als auch der praktische Einsatz im
236 Verbund regelmäßig zu üben und zu optimieren.

237 Schließlich soll bei der Beschaffung von Kommunikationsgeräten und -software zukünftig eine
238 bessere Abstimmung zwischen Polizei und Bundeswehr stattfinden, um die Möglichkeit der
239 gegenseitigen Unterstützung sicherzustellen.

240 **Extremismus & Bundeswehr**

241 Als Junge Liberale sehen wir keinen Platz für Extremismus in der Bundeswehr. Wir fordern
242 daher, dass im Rahmen der Einstellung von Bewerbern, der MAD die Bewerberinnen und
243 Bewerber noch genauer auf Tendenzen zu Extremismus achtet. Ebenfalls sollen
244 Vertrauensstellen in Bundeswehreinrichtungen geschaffen werden, an die sich Soldatinnen und
245 Soldaten wenden können, wenn Ihnen in Ihrer Einheit Extremismus auffällt. Wenn Soldatinnen
246 und Soldaten sich an diese Stellen wenden, muss darauf geachtet werden, dass Ihnen das nicht
247 zum Nachteil wird.

248 **Deutschland wird in Europa verteidigt – Der Weg zur Europäischen Armee.**

249 Die sicherheitspolitische Lage in Europa ist spätestens seit der Besetzung der Krim und dem
250 nachfolgenden und immer noch andauernden Krieg in der Ostukraine bedrohlich geworden. Kein
251 europäisches Land ist eigenständig zu einer wirksamen Abschreckung Russlands imstande, ein
252 vereintes Europa ist es dagegen sehr wohl. Dazu braucht die Europäische Union eine
253 gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik und damit auch eigene Streitkräfte, die unter der
254 Kontrolle des Europäischen Parlaments stehen. Diese Streitkräfte dürfen nur zur Verteidigung
255 der Union und in Auslandseinsätzen eingesetzt werden. Inlandseinsätze lehnen wir ab.

256 Für uns ist die Schaffung von Europäischen Streitkräften kein Gegenprojekt zur NATO, sondern
257 dient vielmehr ihrer Stärkung. Künftig wird die nordatlantische Allianz aus zwei gleich starken
258 Säulen, einer amerikanischen und einer europäischen, bestehen.

259 Die Integration der Streitkräfte der Mitgliedstaaten in eine einzige Europäische Armee geschieht
260 nicht von heute auf morgen, sondern schrittweise. Am Ende steht die Schaffung europäischer
261 Kommandostrukturen und eines gemeinsamen militärischen Hauptquartiers. Meilensteine auf
262 dem Weg dahin sind:

- 263 • eine gemeinsame Beschaffungs- und Rüstungsentwicklungspolitik,
- 264 • eine Kooperation mit Universitäten, Hochschulen sowie anderen Anbietern, um allen
265 Soldatinnen und Soldaten Sprachkurse insbesondere in Englisch anzubieten,
- 266 • eine gemeinsame Grundausbildung,
- 267 • die Einrichtung einer europäischen Offiziersakademie zur Koordinierung der nationalen
268 Offiziersakademien,
- 269 • die Schaffung von Europäischen Spezialeinheiten,
- 270 • Fähigkeiten, die auf nationaler Ebene vorhanden sind, europäisch abzustimmen,
271 weiterzuentwickeln und zu koordinieren (Pooling & Sharing),
- 272 • die Förderung des Austauschs von Ausbildern und Offizieren zwischen EU-Streitkräften

273 und die Schaffung eines Erasmus-Programms für Soldatinnen und Soldaten,
274 • eine Harmonisierung der Generalstabsausbildung innerhalb der EU,
275 • die Übernahme von NATO-Standards auch durch Nicht-NATO-Mitglieder und
276 • die schrittweise Zusammenführung der Streitkräfte über das Framework Nations Concept
277 (FNC).

278 Zur Förderung der Verständigung zwischen den Soldaten der verschiedenen Mitgliedstaaten
279 sollen gemeinsame Europäische Sprachzentren errichtet werden. Diese können, vor Beginn der
280 Grundausbildung, gemeinsam mit Soldaten aus anderen EU-Staaten Englischkurse kostenfrei
281 besucht werden, sofern man sich mindestens für zwei Jahre verpflichtet hat. Unterkunft und
282 Verpflegung sollen während dieser Zeit auch kostenfrei gewährt werden. Weitere Sprachkurse
283 können nach dem Abschluss der Ausbildung als Weiterbildung wahrgenommen werden.

284 **Alternative 1:** Die Bundeswehr soll bei der Integration der Streitkräfte vorgehen und sich
285 öffnen für Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens vier
286 Jahre in Deutschland gelebt haben.

287 **Alternative 2:** Wir als Junge Liberale halten die vom Verteidigungsministerium vorgeschlagene
288 Lösung, man solle EU-Bürger in die Bundeswehr integrieren, um die mangelhafte Personalstärke
289 unseres Militärs aufzubessern für eine Scheinlösung, die mehrere Probleme birgt: Zum einen ist
290 es schlicht ein ineffizientes Mittel, um die Personalprobleme der Bundeswehr zu lösen, denn es
291 ist davon auszugehen, dass sich nicht annähernd genügend Freiwillige aus dem EU-Ausland
292 finden würden. Die Mittel, die zur Integration aufgewendet werden müssten, sind besser in
293 probateren Maßnahmen, wie der Verbesserung der Ausstattung und verstärkten
294 Rekrutierungsbemühungen innerhalb Deutschlands investiert. Zweitens bildet sich durch das
295 Rekrutieren von EU-Ausländern ein Interessenkonflikt in der Loyalität des Soldaten, ob er nun
296 seinem Heimatland treu ist oder der Bundesrepublik Deutschland, die er durch seinen Dienst
297 bzw. Dienstschwur zu verteidigen schwört.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.